zur Mehrheit aus Sozialdemokraten bestehend, **schickte eine Reichsexekution nach Gotha, setzte die unabhängige Regierung ab und jagte die Landesversammlung auseinander.**

In allen übrigen Staaten beschritten die sozialdemokratischen Revolutionsregierungen den Weg der „friedlichen Auseinandersetzung" mit dem abgedankten „Landesvater".

In Preußen erließen die Volksbeauftragten Hirsch, Ströbel, Braun, Ernst, Rosenfeld, Adolf Hoffmann vier Tage nach dem 9. November 1918 eine Verordnung, die die „Auseinandersetzung" auf das tote Geleise des juristischen Rechts schob. Der preußische Justizminister, der Sozialdemokrat Wolfgang Heine, schrieb am 22. Januar 1919:

„Nach den von der preußischen Regierung verkündeten Grundsätzen, wonach Eingriffe in das Privateigentum nicht erfolgen sollen, hat das Gutachten hinsichtlich der vermögensrechtlichen Auseinandersetzung davon auszugehen, daß bei dieser Auseinandersetzung dem Königshause und seinen Mitgliedern ihr Privateigentum zu verbleiben hat."

Die Sozialdemokraten Südekum und Lüdemann, als preußische Minister, legten dem Landtage einen Vergleich vor, der dem ausgerissenen Wilhelm II. Werte von mehr als 500 Millionen Mark zusprechen wollte und der damals selbst von der sozialdemokratischen Landtagsmehrheit als unannehmbar abgelehnt wurde.

In Braunschweig schlug die rein sozialdemokratische Regierung Jasper dem Landtag einen Vergleich mit dem ehemaligen Herzogshaus vor, der von der sozialdemokratischen Landtagsmehrheit abgelehnt, aber nach erfolgter Neuwahl von der bürgerlichen Rechtsregierung wieder aufgenommen und von der bürgerlichen Mehrheit des Landtages zum Gesetz erhoben wurde!

Diese sozialdemokratischen „Realpolitiker" waren damals auf ihre Erfolge in den Auseinandersetzungsfragen ungeheuer stolz. Aber eines Tages kamen die Fürsten mit ihren Ansprüchen auf Aufwertung, auf Nichtigkeitserklärung der Verträge usw. usw. So in Schwarzburg, wo die fürstlichen Erben ein Gerichtsurteil erlangten, wonach ihnen sämtliche Staatsdomänen und Forste gehörten, das heißt ein Viertel des ganzen Territoriums! Oder in Sachsen-Weimer, wo die Großherzogin-Witwe eine Aufwertung ihrer Jahresrente auf 1400 Prozent erlangte, während die kleinen Sparer nach dem Aufwertungsgesetz 12,5 bzw. 15 Prozent erhalten. Da kamen die Prinzen und Prinzessinnen, da kamen die Fürsten und Mätressen mit ihren Forderungen und beweisen den sozialdemokratischen „Staatsmännern", wie weit es mit ihrer „Realpolitik" her ist.

Nunmehr ist die Höhe der fürstlichen Ansprüche festgestellt. Zwar ist die Zusammenstellung noch sehr lückenhaft und bei weitem nicht endgültig, aber trotzdem ergeben sich folgende Tatsachen: Von den abgesetzten deutschen Fürsten wird das Eigentumsrecht an 500 000 Hektar landwirtschaftlichen Grundbesitzes im Werte von 1000 Millionen Mark verlangt; dazu kommen mehr als 100 Fürstenschlösser im Werte von etwa 500 Millionen, nutzbare Grundstücke — 200 Millionen, Jahresrenten und Abfindungskapitalien — 100 Millionen, Kunstschätze, Gold- und Silber — 500 Millionen, Kapitalsvermögen — mindestens 300 Millionen. **Insgesamt 2600 Millionen Mark!** Mehr als der dreifache Betrag der Dawes-Anleihe! Das alles hätten die sozialdemokratischen Führer den raubgierigen Fürsten überlassen, wenn nicht die Kommunisten durch ihren Enteignungsantrag die Massen in Bewegung gesetzt hätten!

Jetzt benutzen die bürgerlichen Parteien die Meinungsäußerungen der Sozialdemokraten aus früherer Zeit gegen die SPD. selbst und halten ihr die Worte des sozialdemokratischen früheren Justizministers Wolfgang Heine vor die Nase, der als bezahlter Rechtsanwalt des abgesetzten Großherzogs von Mecklenburg die Interessen dieses „Landesvaters" gegenüber dem Staat mit folgenden Worten verteidigte:

„Die Revolution muß den großzügigen Charakter einer Umwälzung des Staates und der Gesellschaft beibehalten; sie darf nicht herabgleiten auf das Niveau persönlicher Kränkungen und persönlicher Verletzungen. Der Sprung vom Thron in das Leben eines Privatmannes ist sehr tief und sehr schmerzlich, aber er ist unvermeidbar. Man darf diese schmerzhafte Verwundung aber nicht dadurch vergiften, daß man die Entthronten in eine Vermögenslage bringt, die ihnen und zahlreichen ihrer früheren Untertanen als eine Entwürdigung erscheint."

Solche knechtselige Worte darf die deutsche Arbeiterklasse auch über den heutigen radikalen Reden der sozialdemokratischen Führerschaft nicht vergessen, wenn sie sich gegen eine neue bittere Enttäuschung schützen will. Denn nicht nur das Fortleben dieser Vergangenheit ist es, was die Parteibureaukratie der SPD. innerlich bestimmt, sondern auch die politische Perspektive für die Zukunft.

Die Losung: Keinen Pfennig den Fürsten! fand deshalb so schnell und so stark das Echo bei den Massen der Bevölkerung, weil die deutsche Wirtschaftskrise einen Grad der Verschärfung erreicht hat, wo die dumpfe Passivität der Masse sich wieder in offene Empörung verwandelt. Drei Millionen Arbeitslose und Hunderttausende von Kurzarbeitern, dazu erbärmliche Löhne, provozierende Hungerrenten, furchtbare Preissteuerung und entsetzlicher Steuerdruck — das macht die proletarischen Massen rebellisch. Aber auch das Kleinbürgertum in den Städten und auf dem Lande leidet schwer unter der gegenwärtigen Krise. Diese ganzen Massen gerieten in helle Empörung, als sie von den ungeheuerlichen Ansprüchen der Fürsten hörten.

Immer deutlicher beginnen die Sabotageversuche der Bourgeoisie gegen den Volksentscheid; immer offener muß die besitzende Klasse die Farbe bekennen; jeder ihrer Akte aber kann zu einer Desillusionierung der Massen werden, in dem Sinne, daß sie von den „Vorzügen" des „demokratischen" Systems nichts zu erwarten haben. Heute noch kann die Bourgeoisie juristische Bedenken gegen den Volksentscheid vorschützen. Aber je weiter die Massenbewegung um sich greift, um so verhüllter tritt der wirkliche Charakter dieses Kampfes auch auf seiten der Bourgeoisie zutage als der Charakter eines Machtkampfes. Werden aber die Massen diesen Machtkampf erst aufgenommen haben, dann bleibt das Schlachtfeld natürlich nicht auf die Enteignung der fürstlichen Schmarotzer beschränkt, sondern erweitert sich entsprechend der Stärke der Massenbewegung. Das aber ist die Perspektive, vor der der Sozialdemokratie graut!

Eine schallende Ohrfeige für sozialdemokratische Abgeordnete

Der Haushaltsausschuß des Reichstages hat bekanntlich am Mittwoch den 10. Februar mit 12 gegen 10 Stimmen die Mittel für den „Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik" gestrichen. Unter den 10 Stimmen, die für Beibehaltung dieses reaktionären Klassengerichts eintraten, waren, was der Bericht des „Vorwärts" vom 11. Februar allerdings verschwieg, auch sozialdemokratische Abgeordnete. Verschweigt das der „Vorwärts", so glaubten die sozialdemokratischen Provinzblätter, daß alle Sozialdemokraten gegen den Staatsgerichtshof auftraten. Das ist aus folgenden Ueberschriften zu der gleichen Meldung ersichtlich:

Die „Leipziger Volkszeitung" überschreibt vorsichtig: „Schluß mit dem Staatsgerichtshof?"

Die „Dresdner Volkszeitung" fordert nachträglich noch einmal: „Fort mit dem Staatsgerichtshof!"

Geradezu hellseherisch ist das Thüringer SPD.-Organ, „Das Volk", das als Ueberschrift zum eigenen Bericht schreibt: „Eine schallende Ohrfeige für die Klassenjustiz."

Jawohl, aber auch eine schallende Ohrfeige für die sozialdemokratischen Abgeordneten, die für die Beibehaltung der Klassenjustiz eintraten.

Seine Sorgen!

„Womit soll ich denn meine tausend lieben Beinchen bezahlen, wenn mir der undankbare Pöbel meine Rente streicht?"

Polizeibeamte als Paßfälscher

Unser Magdeburger Bruderblatt, die „Tribüne", berichtet von einem Prozeß gegen die Polizeibeamten Wagner und Böhnke wegen Paßfälschung. Ein Provokateur der Berliner Polizei hatte die beiden, bisher unbescholtenen Beamten durch inständiges Flehen und Bitten unter der Vorgabe, er sei polnischer Flüchtling, zur Herstellung eines falschen Passes verleitet. Die 200 Mk., die die betrogenen Betrüger erhielten, waren das der Berliner Polizei gezeichnet. Der Berliner Polizeikommissar Hämmers gab in der Verhandlung als Zeuge an: „Um Paßfälschungen festzustellen, könne auf die Tätigkeit von Agenten nicht verzichtet werden." Die beiden Beamten erhielten je neun Monate, ein weiterer Helfer 1 Jahr Gefängnis. Sie wandern in die Zelle als die Opfer ihres eigenen Systems.

Die Beamten sollen weiter hungern

Am Mittwoch verhandelte der Reichsfinanzminister Dr. Reinhold mit den Spitzenorganisationen der Beamten und erklärte nach dem Bericht des „Vorwärts":

„Im Reichsfinanzministerium denke niemand an Gehaltskürzung. Die Reform des Besoldungsgesetzes sei im Augenblick nicht akut. Was die Umwandlung der Dezemberzulage in eine laufende Erhöhung ab 1. April betreffe, so seien im vorliegenden Etat diese Zulagen nicht vorgesehen. Ein weiterer Beamtenabbau sei nicht beabsichtigt, aber er plane **Verminderung der Beamten auf organisatorischem Wege.**"

Angesichts dieser doch gerade deutlich genug aufgezeigten Absichten Reinholds, keine Gehaltserhöhung vorzunehmen („an Gehaltskürzung denke niemand" — wie gnädig!), angesichts der Offenheit in der Frage des Beamtenabbaus wagt es der „Vorwärts" folgendes zum Schluß zu schreiben:

„Die Organisationsvertreter hatten den Eindruck, daß das Zusammenarbeiten zwischen Organisationen und Finanzministerium unter dem neuen Minister sich besser gestalten wird, als während der Amtsdauer des Ministers v. Schlieben."

Die organisierten Beamten werden ihre Führer vor die Frage stellen müssen, ob sie sich dieser Auffassung des „Vorwärts" anschließen und was sie zu tun gedenken, um eine so bitter notwendige Erhöhung ihrer Bezüge durchzusetzen. Wenn die Unterstützung der Luther-Regierung durch die SPD. schon so weit geht, von diesem Programm Reinholds entzückt zu sein, so ist dies für die Beamten um so mehr Grund, mit der KPD. den Kampf zum Sturz dieser Unternehmer-Regierung zu führen.

„Tut's nicht die Resolution, dann tut's die Revolution!"

Aus einem Bericht der „Frankfurter Zeitung", der keineswegs etwa Sympathien für die Winzer atmet, geht hervor, daß bei einer Riesendemonstration von 15 000 Winzern in Kaub bei Koblenz, die in furchtbarer Notlage sich befindenden kleinen und mittleren Weinbauern sehr radikale und oppositionelle Töne angeschlagen haben. Die „Frankfurter Zeitung" vermerkt höchst unwillig, daß der Demonstrationszug Schilder mit „recht bedenklichen" Inschriften aufgewiesen habe, z. B.: „Tut's nicht die Resolution, dann tut's die Revolution!" Auch habe man ein „Winzerlied 1926" gesungen, das in „recht eigenartigem Wortfall" die Not der Winzer kundtat. Auch die Rede in der Versammlung sei nicht frei von „demagogisch" und „aufhetzenden" Sätzen gewesen.

Die Winzer spüren jetzt am eigenen Leibe, daß das Großkapital über die Interessen des Mittelstandes und der kleinen Bauern rücksichtslos hinwegschreitet. Die Demonstration ist nur der Ausdruck der steigenden Unzufriedenheit auch in diesen oppositionellen Gedankengängen bisher vollkommen fernstehenden Bevölkerungsschichten.

Kohlenarbeiterstreik in Polen

Warschau, 13. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Im Dombrowaer Kohlenrevier ist ein Bergarbeiterstreik ausgebrochen, weil die Grubenbesitzer den Achtstundentag aufheben wollten. Bisher streiken 26 000 Bergleute. An den Industrieverband wurde von den Streikenden ein Ultimatum gestellt, er solle seinen Beschluß betr. Aufhebung des Achtstundentages sofort aufheben, sonst würde der Generalstreik im Dombrowaer Industriegebiet proklamiert. Zu einer von der Regierung einberufenen Konferenz, wo zwischen Industrieverband und Arbeitern verhandelt werden sollte, erschien der Industrieverband nicht.

Ich schreibe einen Film für Amerika

Von Marie Schick

Ich machte mich folgendermaßen daran, einen Film zu schreiben, indem ich mir sämtliche Monumental-, Gesellschafts-, Groteskt- und Burlesk-Filmstücke ansah.

Mit dem Publikum stimmte ich darin überein, daß die Stücke blödsinnig sind.

Ich schrieb also ein Kinostück und ging damit zum amerikanischen Filmagenten.

Er empfing mich freundlich, inmitten seiner Koffer.

Wir setzten uns, und er las meinen Film.

„Ein großartiges Stück," sagte der Agent, „aber das amerikanische Publikum braucht sowas nicht"

„Entschuldigen Sie, mein Herr, ich habe hier in Europa solche blödsinnige amerikanische Filme gesehen, daß mein Stück im Vergleich zu diesen ein wundervolles Kunstwerk ist."

„Pardon," sagte der Agent, „die blödsinnigen Filmstücke macht Amerika eigens für Europa. Amerika stellt sich Europa so vor."

„Also dann erzählen Sie mir, was für einen Film das großartige Amerika haben will."

Der Agent übergab mir eine Tabelle, aus welcher ich ersehen konnte, was für soziale Handlungen in einem amerikanischen Filmstück nicht, oder unter Umständen vorkommen dürfen.

Tabelle

(Nicht): Mord und Einbruch, wenn ihn Reiche verüben. Selbstmord, welcher infolge Armut verübt wird. Langer Kuß, zu kurzer Rock, Ehebruch, wenn ihn Arme begehen (ja). Geldfälschung, wenn sie durch Reiche begangen wird. Trustkrach, Defraudation, außereheliche Geburt, Trunksucht, bei Reichen (nicht), Streik, wenn ihn die Polizei gewinnt. Revolution darf vorkommen. Die Schweine, diese Proletarier, die sie machen, zeigen sie am besten beim Verhör in Sing-Sing. Ueberhaupt: in einem amerikanischen Film darf nichts vorkommen...

„Aber," unterbrach ich, „was darf eigentlich in einem amerikanischen Film vorkommen, wenn ich ein moralischer Schriftsteller werden will? Ich hatte die Tabelle zu Ende studiert."

„Wissen Sie, er soll so künstlerisch sein, ein bißchen kitschig, aber er soll tief klingen. Er soll zart, heiter sein, es tut nichts, wenn er manchesmal herzzerreißend düster ist, aber nur vorsichtig. Die Armut zeigen Sie in einem sympathischen Feiertagsgewand, Lumpen dürfen zwar vorkommen, aber die Risse placieren Sie womöglich auf lächerliche Stellen, z. B. auf den Hintern. Im Stück ist unumgänglich notwendig ein reicher, sympathischer junger Mann, der anfangs schlecht ist, aber dessen Herz später so weich wird wie die Fette in 35 Grad Wärme. Nur sympathisch! Also so — ... ungefähr derartig müßen die Filme sein. Der Reiche soll immer sympathisch sein, pompös wohnen, leben, daß dem Proletarier der Speichel rinnen soll.

Ich dachte ein wenig nach:

„Hopp," schrie ich, „das Filmstück für die Amerikaner ist fertig!"

Ich nahm ein Stück reines Papier und zeichnete ein dunkles, dann ein helles Viereck darauf.

Auf das helle Viereck schrieb ich: „Lustspiel", auf das andere: „Drama".

Der Agent war von meinem Einfall entzückt.

„Sehen Sie, das ist etwas! Das braucht Amerika! So etwas versteht Amerika ausgezeichnet. Jetzt schreiben Sie über die Vierecke die Titel der Akte."

Ich tat es.

Ich zitiere gern einige der Titel:

„Was machst du lieber Hans beim Tanz?"

„Ehen werden am besten vermittelt."

„Hinausbeugen ist verboten."

„Das Rauchen ist verboten."

„Spucken darf man nur auf den Plafond."

„Rechts fahren!"

„Müller ist das beste Leihamt."

„Ich kaufe falsche Zähne."

„Nur den Kopf, daß er nicht hinken soll!"

„Sicherheits-Schloß."

„Verbotene Operationen zu billigen Preisen."

Der Agent drückte mir gerührt die Hand.

„Der Erfolg ist sicher!" schrie er. „Was für ein Genie! Sie haben mit einem Schlag das transatlantische Seelenleben verstanden. Die Aufschriften sind vollkommen, keine einzige von ihnen gegen die Tabelle.

So geschah es, daß ich den ersten europäischen Film an Amerika verkaufte. Nächstens werde ich die Preise einer Speisekarte eines großen Restaurants nach Neuyork schicken mit der Aufschrift: „Soziales" — bald Lustspiel — bald Drama in unzähligen Aufzügen.

In einem Jahre, so Gott will, werden wir dann die deutsche Uraufführung in der „Ufa" beklatschen.

Die chinesische Revolution auf der Moskauer Bühne. Der in Moskau weilende Oberbefehlshaber der südchinesischen Revolutionsarmee und Mitglied der Zentrale der revolutionären Kuo-min-tang, Hu-Han-Min, äußert sich in der Moskauer Presse über das chinesische Revolutionsstück „Klage, China!", das im Moskauer Meierhold-Theater aufgeführt wird. Das Stück stellt die furchtbaren Leiden und Kämpfe der unterdrückten chinesischen Massen im revolutionären Geiste dar und sei Fanal in dem Sinne: „Wachet auf und vereinigt euch, unterdrückte Völker und Arbeiter aller Länder, zum Kampfe gegen den Imperialismus und die Ausbeutung". Hu-han-min meint, daß dieses revolutionäre Theaterstück, dessen Aufführung in Moskau ein neuer Beweis des großen Interesses der russischen Massen für das kämpfende China ist, in China selbst großes Aufsehen hervorrufen und einen ungeheuren Erfolg haben würde. Statt der „Helden" des chinesischen Theaters tritt hier die Masse handelnd auf. Die Handlung selbst ist nicht künstlich erdacht, sondern aus dem heutigen Leben der chinesischen Massen selbst geschöpft.

Jugenderziehung des sowjetrussischen Jugendverbandes. Die „Jugend-Prawda („Komsomolskaja Prawda") ist das Organ des Kommunistischen Jugendverbandes der Sowjetunion. Sie erscheint seit acht Monaten als Tageszeitung und hat bereits eine Auflage von 130 000 Exemplaren erreicht. Der Jugendverband hat allerdings 1,8 Millionen Mitglieder, so daß noch nicht alle Jungkommunisten die Zeitung lesen. Die Zeitung stellt einen ganz neuen Typ einer Tageszeitung dar. Neben der allgemeinen politischen Information (Nachrichten, Artikel) wird das Hauptgewicht auf die Erziehung der Arbeiterjugend gelegt. In Form von Zuschriften an die Redaktion und ihrer Erläuterung wurden in letzter Zeit insbesondere die verschiedenen Auswüchse und Schwächen der Jugendbewegung scharf von der Jugend selbst kritisiert und für ihre Abstellung Wege und Methoden vorgeschlagen und öffentlich kritisiert. Die Erziehung der Jugend zu disziplinierten und klassenbewußten Sowjetbürgern und guten, qualifizierten Arbeitern gehört zu den allerwichtigsten Aufgaben der russischen Kommunisten, des Sowjetstaates. Die schonungslose Aufdeckung jeden Fehlers und die öffentliche Diskussion über die Erziehungsfragen ist ein in der Geschichte beispielloser erster grandioser Versuch einer kollektiven Erziehung und Selbsterziehung der Jugend mit Unterstützung der älteren Generation. Das Hauptgewicht wird aber auf die Selbsttätigkeit der Jugend gelegt. Der Jugendverband, der diese riesige Erziehungsarbeit leistet, umfaßt außer der Jugend aus den Betrieben auch die Bauernjugend und die studierende Jugend.

SLUB
Wir führen Wissen.